info1126

Zweimonatige Informationen der AG International Dorfen ★ Nov/Dez 2026

Aufregung um Berlin

Mit Schmutzkampagnen und rechtlichen Tricks will das Bürgertum Vergesellschaftungen verhindern

In einer Zeit, da die deutsche Industrie heftige Gewinneinbußen hinnehmen muss, Hunderttausende, vor allem in der Autoindustrie um ihren Arbeitsplatz bangen, Unternehmer Tarifverträge kündigen und der Staat jeden vierten Euro für Rüstung und Kriegsvorbereitung ausgibt - Tendenz steigend -, hat das Bürgertum[1] seinen Hauptfeind entdeckt: Es ist nicht die AfD, die in Sachsen-Anhalt gerade drauf und dran ist, das Land nach rassistischen Kriterien umzukrempeln. Es ist sein alter Hauptfeind, den es seit Jahrzehnten für tot oder zumindest vernachlässigbar hielt. Jetzt scheint er in Form des Berliner Landesverbands der Partei die Linke wiederaufzuerstehen: Der Sozialismus!

Denn was die Linken in Berlin vorhaben, sagt Söder, sei „Sozialismus pur!“. Seinem Stellvertreter Aiwanger von den Freien Wählern wird beim Gedanken an eine linksgeführte Regierung „Angst und Bange“. Der Berliner Verein der Kaufleute und Industrieller zeigt sich über die mögliche Koalition entsetzt und sieht „seine schlimmsten Befürchtungen“ bestätigt. Vor allem die Vergesellschaftung großer Wohnbaukonzerne sei „brandgefährlich“, gefährde den Standort und müsse unbedingt verhindert werden.

Worum geht's dabei wirklich?

Der Berliner Volksentscheid von 2021, den 57,6% bzw. über eine Million Berliner*innen unterstützten, fordert die Vergesellschaftung von privatwirtschaftlichen Wohnungskonzernen mit mehr als 3000 Wohnungen. Ausgenommen sind Bestände von Genossenschaften und von gemeinnützigen, landeseigenen und religiösen Unternehmen. Das wären ca. 220000 Wohnungen in Berlin, die nicht verstaatlicht sondern in eine neu zu gründende Körperschaft des öffentlichen Rechts überführt werden sollen. Jeder der betroffenen Konzerne darf dabei 3000 Wohnungen behalten und wird für die, die er abgeben muss, entschädigt. Demnach würde es in Berlin auch nach Umsetzung des Volksentscheids noch profitorientierte Wohnkonzerne,

Allein machen sie dich ein ...
Deshalb solltest du dich mit Gleichgesinnten zusammentun, zum Reden, Lernen, Handeln - Interesse? Dann schreib uns oder komm zu unseren Offenen Treffen an jedem 2. Montag um 19 Uhr im GIKS - die Termine findest du auf der letzten Seite.

Das **info** der Arbeitsgemeinschaft International Dorfen erscheint jeden ungeraden Monat und ist gratis. Es liegt in Kneipen und Läden in Dorfen und Umgebung aus und kann auf *agi-dorfen.org/info* heruntergeladen werden.

Wer Termine oder Texte in diesem **info** veröffentlichen will, schickt dies bitte per E-Mail an *info@agi-dorfen.org*. Wir behalten uns jedoch vor, zugesendetes Material aus inhaltlichen oder technischen Gründen nicht zu veröffentlichen.

Herausgeberin:
AG International Dorfen

Internet:
www.agi-dorfen.org

Kontakt:
info@agi-dorfen.org

V.i.S.d.P.:
Stefan Brandhuber
Mühlangerstr. 12
84405 Dorfen

Eigendruck im Selbstverlag

allerdings nur noch mit maximal 3000 Wohnungen geben. Aber der Bestand an nicht-privatwirtschaflichen Mietwohnungen in Berlin würde sich von derzeit ca. 35% auf etwa 50% erhöhen. Zum Vergleich: Im beim Thema Mietenkrise oft genannten Positivbeispiel Wien sind heute 50% aller Mietwohnungen in städtischem oder gemeinnützigen Besitz, weil die österreichische Hauptstadt ihre Bestände in den 1990ern nicht privatisiert hatte. Bei ersten Sondierungsgesprächen haben sich die möglichen Koalitionspartner übrigens auf eine Anhebung der Höchstzahl der zu behaltenden Wohnungen von 3000 auf 10000 verständigt.
Fazit: Mit einer von der Linken angeführten Berliner Landesregierung, die den Volksentscheid von 2021 umsetzt, würden mitnichten sozialistische Verhältnisse einkehren. Die Zurückholung von ca. 65000 Wohnungen aus zwischenzeitlich profitorientierter Verwendung plus Vergesellschaftung von 100000 bis 150000 weiteren Wohnungen wäre einfach eine große Wohnungsreform zugunsten Millionen von Mieter*innen im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse – nicht mehr und nicht weniger.

Doch das Bürgertum in Deutschland mit seinen politischen Parteien und großen Pressekonzernen scheut keine Mühen und Lügen, um eine linksgeführte Regierung in Berlin zu verhindern, die diese Wohnungsreform endlich angehen würde. Schließlich könnte die Vergesellschaftung ein anschaulicher Beweis dafür werden, dass das permanente Gerede von den Segnungen des Marktes, des Wettbewerbs und privater Investoren nichts ist als täuschende Propaganda im Interesse der Reichen und Mächtigen. Also soll dieser Präzedenzfall unbedingt verhindert werden, die Strategie dabei ist nicht neu: Während im Hintergrund alle möglichen Machtmittel geprüft und in Stellung gebracht werden, wird das zu verhindernde Vorhaben medial durch den Dreck gezogen und seine Betreiber*innen mit selbigem beworfen.

„Antisemitismus"?

Dass auch die Linkspartei die Kriegsverbrechen Israels in Gaza mittlerweile mehrheitlich als Genozid brandmarkt und der Bundesregierung wegen ihrer Waffenlieferungen und politischen Unterstützung zurecht Mitverantwortung daran attestiert, hat sie natürlich ins Fadenkreuz regierungsnaher Kreise und Medien gebracht, allen voran des rechten Springer-Verlags. Seit sie die Wahlen in Berlin gewonnen hat, wird ihr nun verstärkt unterstellt, sie wäre „in Teilen antisemitisch" oder „habe ein Antisemitismus-Problem". Wer die genannten Be-

lege und Vorfälle genauer betrachtet und sich am besten an der Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA)[2] orientiert, erkennt, dass das im Wesentlichen Verleumdung ist. Das heisst nicht, dass es keinerlei Antisemitismus in der Parteiwie gesellschaftlichen Linken gäbe, aber er kommt hier nicht häufiger vor als in anderen politischen oder sozialen Milieus, wie auch eine Studie der Uni Mannheim festgestellt hat.[3] Das politisch und nicht juristisch zu verstehende „Existenzrecht Israels" muss aber in dem Sinne verteidigt werden, dass ein Aufgehen Israels in einem bi- oder multinationalen oder föderalen Staat immer die Zustimmung der Mehrheit der israelischen Bevölkerung erfordert. Denn nicht alle Teile der Palästina-Solidarität sehen das so. [4]

„Organisierte Kriminalität"?

Die zweite Verleumdung behauptet eine besondere Nähe der Berliner Linken zur Organisierten Kriminalität. Aber auch hier ist der ganze Bohai kaum mehr als böse, heiße Luft: Die Anwesenheit eines „Clan-Mitglieds" auf einer öffentlichen Linken-Wahlparty sowie der E-Mail-Austausch des Neuköllner Linken-MdB Kocak mit ebenfalls einem sogenannten „Clan-Mitglied" belegen nicht annähernd den erhobenen Vorwurf. Weil die Verleumder das wohl selbst ahnten, haben sie weiteren Dreck hinterhergeworfen: Elif Eralp sei Rote-Hilfe-Mitglied gewesen und sie habe Angst vor palästinensischen Aktivisten. Irgendwas, so die Hoffnung, wird dann schon hängen bleiben und vielleicht reicht es ja dafür, dass sich die Koalitionspartner in spe es sich doch noch anders überlegen.

Das eigentliche Problem des Bürgertums aber ist, dass die Mehrheit der Menschen in Berlin die Vergesellschaftung will und voraussichtlich 2027 erneut ein Volksentscheid stattfinden wird, bei dem dann ein fertig ausgearbeitetes Vergesellschaftungsgesetz zur Abstimmung stehen wird, das von keiner Berliner Landesregierung, egal von welchen Parteien sie getragen wird, gestoppt werden könnte. Für die Bundesregierung ist dies offenbar ein Albtraum, den sie nun mit einem Bundesgesetz verhindern zu können hofft.

„Investitionsschutzgesetz"

Obwohl die Berliner SPD (zumindest beim Verfassen dieses Artikels noch) die Vergesellschaftung in einer Koalition mehrheitlich mittragen will, ist die Bundes-SPD in die entgegengesetzte Richtung unterwegs. Sie will gemeinsam mit ihren Regierungspartnern CDU und CSU ein „Investitionsschutzgesetz" verabschieden, das für die in GG Art. 15 grundsätzlich zugelassene Vergesellschaftung unüberwindbare Hürden aufstellen soll. Ein erstes Eckpunktepapier von Innenminister Dobrindt nennt dazu diese: Erstens müsse vor einer Vergesellschaftung nachgewiesen werden, dass alle anderen Möglichkeiten zur Behebung von Problemen auf dem Wohnungsmarkt ausgeschöpft worden sind. Zweitens müssten die vergesellschafteten Immobilien zum aktuellen Verkehrswert entschädigt werden. Sein CSU-Parteikollege, der bayrische Bauminister Bernreiter sieht mit diesem Kniff bereits die „sozialistische Fantasterei" in Berlin am Ende. Anders dagegen etliche Juristen, die die Zulässigkeit eines solchen Verhinderungsgesetzes bezweifeln. Am Ende wird wohl in Karlsruhe darüber entschieden. Unabhängig von dieser Entscheidung muss der Kampf um Vergesellschaftungen aber weitergehen. Mit weiteren Schmutzkampagnen des Bürgertums ist zwar zu rechnen, aber von all dem Dreck wird immer weniger hängen bleiben. *SB*

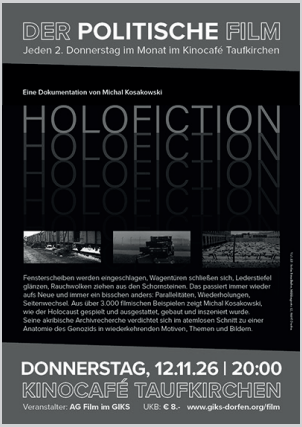
1 Als Bürgertum wird hier der Teil der Bevölkerung verstanden, der die Produktionsmittel besitzt. Also die Eigentümer*innen von Unternehmen

2 Hörenswerter Podcast zur JDA und IHRA: https://www.youtube.com/watch?v=PUytyyID2ag

3 https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Bilder/Dokumente/GIP_Wie_tickt_Deutschland_2_Antisemitismus.pdf

4 Enpfehlenswerter Artikel dazu: https://www.telepolis.de/article/Berlins-Koalitions-Aus-SPD-und-Gruene-koennen-Kritik-nicht-von-Hass-trennen-11488321.html

Die AG Film zeigt im Taufkirchener Kinocafé in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt Dorfen die Doku *Holofiction:*



12.11.26 | 20 Uhr
Kinocafé Taufkirchen

Holofiction

Fensterscheiben zerbersten, Wagentüren schließen sich, Lederstiefel glänzen, Rauchwolken ziehen aus den Schornsteinen. Aus über 3.000 filmischen Beispielen zeigt Michal Kosakowski, wie der Holocaust gespielt und ausgestattet, gebaut und inszeniert wurde.
Seine akribische Archivrecherche verdichtet sich im atemlosen Schnitt zu einer Anatomie des Genozids in wiederkehrenden Motiven, Themen und Bildern.
Vor dem Film gibt es eine Einführung und danach ein Filmgespräch.

► ***giks-dorfen.org/film***

„Sichere Häfen" und „Palo Alto"

Der Autor Volker M. Heins und die Übersetzerin Ingrid Scherf stellen am Montag, 9.11. um 19:30 Uhr im GIKS zwei aktuelle Bücher zu drängenden Fragen der Gegenwart vor.

In seinem 2026 erschienenen Buch „Sichere Häfen - Städte als Zuflucht" geht Heins der Frage nach, ob „Sanctuary Cities" eine Antwort auf nationale Abschottung sein können. Er hat in Chicago, Kampala, Sheffield und Palermo, in Bremen, Berlin und Zürich recherchiert: Wie wirkt sich das Schutzversprechen für Menschen ohne Aufenthaltsstatus konkret aus? Und was passiert, wenn Städte direkt vom Staat angegriffen werden – wie man zuletzt in den USA beobachten konnte, wo Donald Trump den Kampf gegen Sanctuary Cities zur Priorität erklärte?





In dem zweiten Buch des Abends geht es um Palo Alto, das ökonomische und intellektuelle Zentrum des Silicon Valley, einer Gegend, die wie keine andere in den letzten 150 Jahren unsere Art zu arbeiten und zu leben geprägt hat. Das Buch schildert, wie die kalifornische Kleinstadt zu einem der mächtigsten Motoren des kapitalistischen Wirtschaftswachstums und des Kriegs wurde und wie sie die Welt in ein katastrophales 21. Jahrhundert führte.

Ingrid Scherf hat das Buch von Malcolm Harris aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt, es erscheint im Februar 2027 im Assoziation A-Verlag.

Lesung und Diskussion
Sichere Häfen + Palo Alto
Mo. 9.11.26 - 19:30 Uhr
GIKS Dorfen

Das isw München wird Geschichte

Als 1990 die Sowjetunion zusammenbrach wurde vielernorts behauptet, die Menschheit sehe nun stabilen und friedlichen Zeiten entgegen und die Systemfrage wäre für alle Zeiten zugunsten bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse entschieden (F. Fukuyama). Gegen diesen Zeitgeist gründeten im Juni 1990 kritische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler*innen zusammen mit Gewerkschafter*innen in München das isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.. Sie wollten alternativ zum neoliberalen Mainstream Analysen, Argumente und Fakten für die wissenschaftliche und soziale Auseinandersetzung anbieten. Thematische Schwerpunkte waren die Globalisierung, das transnationale Kapital, die Multis und transnationale Institutionen wie der IWF, die WTO, die OECD oder G7/G8. Aber auch die Einkommens- und Vermögensentwicklung, Friedensforschung und Rüstungsökonomie sowie ökologische Themen waren immer wieder Gegenstand der insgesamt über 250 Publikationen. Wer auf dem Laufenden bleiben wollte, wohin sich die Weltwirtschaft nach Ende der Blockkonfrontation entwickelte, las regelmäßig - oft als Abonnent*in - die isw-Broschüren. Wer in Parteien, Gewerkschaften oder anderen Organisationen politisch aktiv war, arbeitete regelrecht mit ihnen. Auf dem jährlichen isw-Forum und bei anderen isw-Veranstaltungen wurden drängende Fragen der Gegenwart aus einer vorwiegend marxistischen Perspektive diskutiert. Und wer wie wir in Dorfen für eigene Veranstaltungen kompetente Referent*nnen suchte, fand diese oft im isw-Autor*innenkreis.

Die aktuelle, aber leider letzte isw-Broschüre:



Jenseits der ehemaligen Linken - Die Zukunft des Marxismus in der Dialektik aus Antifaschismus + Antiimperialismus
von Lukas Meisner
A4 24 Seiten, 3 Euro

36 Jahre haben die isw-Aktiven gegen das Elend bürgerlicher BWL-Idiotie angeschrieben und nach Kräften alles unterstützt, was sich der Kapitalmacht und den Kriegsstrategen der NATO entgegenstellte. Trotz fortschreitenden Alters haben sie zusätzlich zu ihren Broschüren ein Onlineangebot an frei verfügbaren Artikeln aufgestellt und bis heute den kritischen Diskurs im deutschsprachigen Raum enorm bereichert. Aber es gelang leider kaum, jüngere Genoss*innen in das Projekt einzubinden und so beschloss die isw-Mitgliederversammlung kürzlich die Einstellung der Arbeit zum Jahresende. Broschüren können noch bis 31.3.27 bestellt werden und die Website bleibt als Archiv bestehen um die Ergebnisse von 36 Jahren kritischer Analyse verfügbar zu halten. Danke für die ausdauernde, gründliche und wertvolle Arbeit!

► ***isw-muenchen.de***

SB

Warum ich mich bisher weder für die Partei Die Linke (PdL) noch für das BSW entscheiden konnte

An der politischen Arbeit in Dorfen und Umgebung beteilige ich mich seit Jahrzehnten innerhalb der Arbeitsgemeinschaft international (agi). Sie ist zu Beginn der 90er Jahre aus der örtlichen Antikriegsbewegung entstanden. Noch länger bin ich in verschiedenen Funktionen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Soviel zu meinem politischen Hintergrund. Eigentlich war es immer mein Ziel, in einer linken Partei mitzuarbeiten.

Warum bin ich dennoch nicht in einer linken Partei Mitglied?

Diese Frage ist für mich nicht einfach und mit wenigen Sätzen zu beantworten. Ich versuch‘s trotzdem. Derzeit sehe ich keine linke Partei, mit der ich mich ausreichend identifizieren könnte. Zur Auswahl stünden zwei Parteien: Die Linke (PdL) und das BSW, eine Abspaltung der PdL.

Was hindert mich daran, in die PdL einzutreten und dort aktiv zu werden?

Seit den 90er Jahren habe ich Kontakt zu den Strukturen, vor allem zum Kreisverband Erding-Ebersberg der PdL. Leider waren die vielen Versuche, die PdL regional zu verankern, nicht von Erfolg gekrönt. Eintritte und schnelle Austritte verhinderten eine notwendige personelle Kontinuität. Mehr als eine linkssozialdemokratische Erwartungshaltung war da nicht zu erkennen. Eine sozialistische Partei ist die PdL nicht, wenngleich in ihren Reihen viele aufrechte Linke zu finden sind. Dort, wo die PdL parlamentarischen Einfluss auf Länderebene hat (vor allem in den östlichen Bundesländern), haben zumeist Pragmatiker das Sagen. Da winken Ministerposten, die sog. Fleischtröge. Das hat zur Folge, dass Teile der Wählerschaft der PdL, enttäuscht werden. Nicht wenige tragen jetzt zum Wahlerfolg der AfD bei. Somit wird auch die PdL als Teil des Problems und nicht der Lösung gesehen. Sie wurde zunehmend zur staatstragenden Partei im Verbund mit SPD und Grünen.

Wo das noch nicht ganz passiert ist, wie aktuell in Berlin, wird versucht, die pragmatischen Teile der PdL Funktionäre gegen den u.a. palästinasolidarischen, linkeren Flügel auszuspielen. Ob sich in der Vergesellschaftungsfrage in einer SPD und Grünen Koalition tatsächlich etwas bewegen lässt, wird sich zeigen. Schließlich war die PDS als Vorgängerpartei der PdL an der Privatisierung von 65000 Wohnungen in Berlin beteiligt. In der Aufrüstungsfrage hat die parlamentarische Linke versagt.

Und dann das BSW.

Manche aus der linken Community bezeichnen das BSW bereits als rechte Partei. Ich teile diese Einschätzung definitiv nicht, wenngleich ich mit der Programmatik der Partei von Anfang an hadere. Sahra Wagenknecht hat mit dem rechts/links-Schema schon länger Probleme. Deshalb wollte man kein linkes Projekt entwickeln. Das rächt sich jetzt. BSW Funktionäre versuchen immer wieder mal, sich an die AfD anzuwandeln. Wenn sich dann die Fraktion des BSW in Sachsen-Anhalt freundschaftlich zur gemütlichen Runde bei den Ultras von Elsässers Compact-Magazin trifft, wie soll dann ein aufrechtes BSW Mitglied dieses Verhalten in seinem Umfeld erklären? Also doch eine rechte Partei? Wenn alles nur so einfach wäre.

Das BSW hat gute Leute. Die Partei ist jung und steckt in einem Klärungsprozess. Der im November anstehende Bundeskongress wird wohl und muss aber auch dringend Pflöcke einschlagen. Klären, wohin die Reise gehen soll und wohin auf keinem Fall. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter (AGBSW) wollen dazu beitragen, wie man vernimmt. Gebraucht wird das BSW als konsequente Partei für Frieden und gegen Aufrüstung. In anderen Teilen der Programmatik ist sie eher schwach. In der Thematik, in der ich mich auszukennen glaube, in der Schulpolitik, sind die Aussagen schlicht ärgerlich. Schon deshalb könnte ich nicht Mitglied des BSW sein. Ich hoffe, mit meinen Anmerkungen eine fruchtbare Debatte im INFO anzuregen.

Hans Elas

„Blut muss fließen!“

Kampfsport und Rechtsextremismus

Mit **Steffen Krapf,**
Investigativjournalist

Active Clubs, der Dritte Weg, rechtsextreme Hooligan-Gruppen - die rechtsextreme Szene trainiert für den Tag X. Der Investigativjournalist Steffen Krapf aus Nordbayern recherchiert über Kampfsport in der rechtsextremen Szene und über Rechtsextreme im Kampfsport. In seinem Vortrag beleuchtet er, welche neuen Wege die rechtsextreme Szene nach dem vorläufigen Ende ihrer großen Kampfsportveranstaltungen gefunden hat, um ihre Ideologie weiter im Kampfsport zu verbreiten und für den politischen Kampf zu trainieren.

Mo. 7.12.26
19:00 Uhr
GIKS Dorfen

Eine Veranstaltung der
AG International Dorfen

Eintritt frei, Spenden gerne



Termine

Mehr Infos zu den Terminen sowie mögliche Aktualisierungen gibt's auf ► ***agi-dorfen.org/termine***

2.11.26 | 19:30
Arbeitstreffen der AGI
Ort: GIKS, Dorfen

7.11.26 | 19:00
Jenseits der westlichen Linken - Eine marxistische Dialektik aus Antifaschismus und Antiimperialismus- isw-Veranstaltung mit L. Meisner
Ort: EineWeltHaus München

9.11.26 | 19:30 ► S. 4
Sichere Häfen + Palo Alto - Lesung und Diskussion mit Volker M. Heins und Ingrid Scherf
Ort: GIKS, Dorfen

11.11.26 | 19:00
Zeit zu reden: Grundgesetz oder Staatsräson? – Podiumsdiskussion, veranstaltet von Zeit zu reden, medico international, DFG-VK MUC
Ort: Kulturhaus Milbertshofen

12.11.26 | 20:00 ► S. 4
Holofiction - Dokumentarfilm in der Reihe ‚Der politische Film"
Ort: Kinocafé Taufkirchen

16.11.26 | 19:00
Auf in den Krieg? Wie Wirtschaft, Politik und Gesellschaft militarisiert werden
Vortrag + Diskussion mit Andreas Seifert (IMI Tübingen)
Ort: EineWeltHaus München

16.11.26 | 19:30
Arbeitstreffen der AGI
Ort: GIKS, Dorfen

24.11.26 | 19:30
80 Jahre Bayerische Verfassung - Veranstaltung der Geschichtswerkstatt Dorfen
Ort: GIKS, Dorfen

29.11.26 | 18:30
„Teaches of Peaches" - Film und Diskussion mit der Gruppe Frauen*sprechen.
Ort: GIKS, Dorfen

30.11.26 | 19:30
Arbeitstreffen der AGI
Ort: GIKS, Dorfen

7.12.26 | 19:00 ► S. 7
„Blut muss fließen" - Vortrag von Investigativjournalist Steffen Krapf über die rechte Kampfsportszene
Ort: GIKS, Dorfen

10.12.26 | 20:00
N.N. - ‚Der politische Film"
Konkrete Infos zum Film ab Mitte Nov. auf agi-dorfen.org
Ort: Kinocafé Taufkirchen

14.12.26 | 19:30
Arbeitstreffen der AGI
Ort: GIKS, Dorfen

24.12.26 | 18:00
Profaner Abend
Ort: GIKS, Dorfen

GIKS

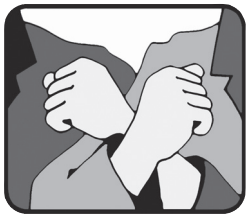
Laden für **G**eschichte, **I**nternationalismus, **K**ultur und **S**olidarität



Geöffnet: Fr. 15-18 Uhr und bei Veranstaltungen

Kirchtorplatz 4, Dorfen
www.giks-dorfen.org

SOLIDARITÄT VERBINDET



ROTE HILFE
Ortsgruppe Landshut
landshut@rote-hilfe.de